

(Abgeordneter Frähdorf.)

(A) organisation für alle Bürger, insofgedessen muß auch die Ärzteschaft eine Zwangsorganisation haben. Also das ist ein ganz hinfälliger Standpunkt, der natürlich nicht beweiskräftig sein kann für den Standpunkt, für den er angewandt werden soll.

Nun hat sich Frau Salinger auch mit den Verhältnissen der Dresdner Ortskrankenkasse beschäftigt, die Dresdner Ortskrankenkasse habe keine freie Arztwahl und sie habe zu wenig Ärzte. Das können Sie getrost den Mitgliedern der Dresdner Ortskrankenkasse überlassen. Die Arbeiter von Dresden wissen auch ihre diesbezüglichen Interessen zu wahren. Sie sehen sie und betonen sie ja sonst. Glauben Sie denn, wenn unser Arztsystem nicht gut und nicht vorteilhaft wäre für unsere Mitglieder, daß sie es duldeten? Die Mitglieder haben einen großen Einfluß darauf. Die Ortskrankenkassen hatten seit jeher eine demokratische Verfassung und haben sie auch noch. Sie würde sich einen Zustand in dieser Beziehung nicht gefallen lassen, wenn er unerträglich wäre. Gerade unser Arztsystem hat es der Ortskrankenkasse Dresden ermöglicht, die vorbildlichen Einrichtungen zu schaffen, von denen Frau Salinger vorhin gesprochen hat. Andere Kassen, die ein anderes Arztsystem nach den Wünschen der Ärzteorganisationen haben, sind ohnmächtig dazu, solche Einrichtungen zu schaffen.

(B)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Krankenkassen sind aber zuerst für die Mitglieder und deren Angehörigen da, und dann kommen die Interessen der Ärzte, deren Interessen wir in der Dresdner Ortskrankenkasse besser wahren als anderwärts. In Leipzig haben wir die freie Arztwahl, und unsere Ärzte sind besser bezahlt wie die Leipziger, und ich kann Ihnen sagen, es gibt keinen freieren Kassenarzt als bei der Ortskrankenkasse zu Dresden. Bei uns hat sich kein Arzt über unzulässige Einflüsse des Kassenvorstandes zu beschweren. Er ist vollständig frei dem Kassenvorstand gegenüber und genießt auch eine größere Freiheit den Mitgliedern gegenüber.

Frau Salinger sagte, die Ortskrankenkasse Dresden habe zu wenig Ärzte. „240!“ rief ich ihr zu, und sie sagte, das seien viel zu wenig. Ja, nach den Begriffen der Ärzeführer freilich, aber für uns und für die Mitglieder reichen sie vollkommen aus. Wir haben nach dem Berliner Abkommen, welches das Verhältnis zwischen Kassen und Ärzten in Deutschland regelt, auf 1350 Kassenmitglieder einen Arzt zu stellen, und wenn freie Familienbehandlung gewährt wird, auf 1000 Mitglieder einen solchen. Über diese Zahl sind wir weit hinaus. Wir stehen im übrigen auf dem Standpunkt, daß, soweit es die Kasseninteressen

(1. Abonnement.)

nicht gefährdet, eine größere Anzahl von Ärzten zugelassen werden soll. (C)

Nun ist gesagt worden, die Regierung hätte doch die Urteile des Ehrengerichtshofes nicht angefochten, und daraus gehe hervor, daß diese Urteile unanfechtbar wären. Ich habe schon gesagt, mir ist von der Regierung gesagt worden: Wir können doch nicht jedes Urteil anfechten, da kämen wir ja gar nicht aus den Klagen heraus. Im übrigen will das nichts beweisen. Eine Regierung, die ein solches Zwangsgesetz gegeben und begründet hat, ohne daß die Ärzte den Zwang verlangt haben, wird dann natürlich auch diese Mißgriffe, die zu verzeichnen waren, hinnehmen müssen, und sie hat sie leider vielfach hingenommen.

Ein Wort zu den Unterstützungseinrichtungen. Wir begrüßen es, wenn die Ärzte ihre Unterstützungseinrichtungen ausbauen, und ich begrüße die ganze Tätigkeit auf diesem Gebiete, die die Ärzte hier in dem Bezirksverein und auch in dem Verbands treiben. Uns wird fälschlich gesagt, wir wollten mit unserem Vorstoß dieser Hilfsaktion zu Leibe. Eine Unterstellung schlimmster Art, wo unsere ganze Tätigkeit doch selbst darauf gerichtet ist, Bedürftigen und Kranken zu helfen. Nein, die ärztlichen Bezirksvereine sind meiner Meinung nach in der Lage, sich auch dann solche Unterstützungen einzurichten und zu erhalten, wenn ein Zwang zum Beitritt nicht vorhanden ist. Ich möchte mich in meiner Organisation für die Beiträge bedanken, die diejenigen zahlen, die der Organisation nicht angehören. Wo gibt es eine Arbeiterorganisation mit solchen Einrichtungen, die sich bei ihren Wohltätigkeitseinrichtungen auf die Beiträge derer stützt, die von ihr nichts wissen wollen? (D)

Nun hat der Herr Abgeordnete Beutler eine Stellung eingenommen, die eben nur — na, nehmen Sie es mir nicht übel — ein Rechtsanwalt einnehmen kann, der bis zu einem gewissen Grade in der Rabulistik doch beschlagen ist.

(Oho! bei den Deutschnationalen.)

Mein Freund Kirchhof hat Ihnen schon gesagt — Sie sind wohl nicht zugegen gewesen —, in welcher Weise Sie operiert haben. Das hätte ich von Herrn Abgeordneten Beutler nicht erwartet, dem doch andere Mittel der Dialektik zur Verfügung stehen. Ich kann das Schärffste vertragen, ich kann es verstehen, wenn jemand eine andere Anschauung über politische und wirtschaftliche Dinge hat; dafür bin ich bekannt, daß ich darüber auch mit anderen diskutieren kann. Aber, das muß ich schon sagen, eine solche Diskussion hätte ich nicht erwartet.

Unsere Prophezeiung, die wir im November 1895 ausgesprochen haben, sagt Herr Beutler, sei nicht